

Der Bundesminister des Innern

OS 2 - 601 042/3

Bonn, den 5. April 1971

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Tätigkeit links- und rechtsradikaler Gruppen**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marx (Kaiserslautern), Dr. Birrenbach, Dr. Gradl, Leicht, Ott, Rollmann, Wohlrabe, Vogel, Rommerskirchen, Dr. Häfele und Genossen**
— Drucksache VI/1710 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

V o r b e m e r k u n g

Die Bundesregierung gibt im Folgenden einen Überblick über organisierte links- und rechtsradikale Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). In Anbetracht der Tatsache, daß ihre Antwort veröffentlicht werden wird, hat sie sich an verschiedenen Stellen ihres Berichts zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Mitteilung von vorliegenden Erkenntnissen veranlaßt gesehen. Den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages können, wenn sie dies wünschen, in vertraulicher Sitzung weitere Aufschlüsse über die eine oder andere der nachfolgend erwähnten Organisationen gegeben werden.

Die in der Antwort enthaltenen Zahlen über Mitgliederstärken oder Auflagenziffern beruhen entweder auf eigenen Angaben der jeweiligen Organisationen oder auf begründeten Schätzungen.

Die Bundesregierung hat davon abgesehen, Aussagen darüber zu machen, ob die in die Zusammenstellung aufgenommenen radikalen Gruppen jeweils auch, wie es in der Kleinen Anfrage (Abschnitt I und II) heißt, „der parlamentarischen Demokratie feindlich“ gegenüberstehen. Die wirkliche Zielsetzung radikaler politischer Gruppierungen stimmt mit den Aussagen ihrer veröffentlichten Satzungen und Programme nicht immer überein. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage erscheint nicht als geeigneter Anlaß, eine endgültige Beurteilung über die Einstellung der jeweiligen Gruppen zur parlamentarischen Demokratie und damit ggf. über Widersprüche zwi-

schen einer nach außen hin behaupteten und der wirklich verfolgten, aber vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Zielsetzung abzugeben.

Im übrigen sind die Fragen der besseren Übersichtlichkeit halber für jede Organisation zusammenhängend beantwortet worden.

I. Zur Tätigkeit linksgerichteter, der parlamentarischen Demokratie feindlicher Gruppierungen

1. Welche linksradikalen, prokommunistischen, trotzkistischen und anarchistischen Gruppen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin (West)?
2. Wie sind die genannten Gruppen organisatorisch aufgebaut? Nach welchen Prinzipien und Praktiken werden sie geführt? Wie sind sie untereinander verbunden oder verfeindet?
3. Wer sind die führenden, verantwortlichen Persönlichkeiten dieser Gruppen?
4. Wo liegen die regionalen Schwerpunkte ihrer Tätigkeit?
5. Wie werden diese Gruppen finanziert?
6. Wo, mit welcher Intensität und nach welchen Leitsätzen werden ihre Kader ausgebildet?
7. Welcher Art sind ihre internationalen Verbindungen?
8. In welchen Zeitungen und Zeitschriften, den periodisch und den unperiodisch erscheinenden, in welchen Blättern oder anderen publizistischen Organen verkünden die genannten Gruppen Methoden und Ziele ihrer politischen Tätigkeit?

Der Bundesregierung sind rd. 250 im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) tätige linksradikale Gruppen mit insgesamt rd. 84 300 Mitgliedern bekannt. Zu ihnen gehören 130 orthodoxkommunistische Gruppen mit rd. 81 000 Mitgliedern. Die 120 anderen Organisationen verteilen sich auf 5 trotzkistische Gruppen mit rd. 400 Mitgliedern, 20 maoistische Gruppen mit rd. 800 Mitgliedern, 5 anarchistische Gruppen mit rd. 80 Mitgliedern und 90 sonstige linksradikale Gruppen mit rd. 2000 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Personen, die linksradikalen Gruppen angehören, beträgt nur etwa 65 000, da viele Personen bei mehreren Organisationen Mitglied sind.

Die linksradikalen Gruppen propagieren ihre Ziele und Methoden in insgesamt rd. 420 Blättern mit einer Gesamtauflage von rd. 2 000 000 Exemplaren. Die orthodox-kommunistischen Gruppen verfügen dabei über rd. 320 Blätter mit einer Auflage von rd. 1 650 000 Exemplaren. Von den Blättern der anderen linksgerichteten Gruppen sind 1 trotzkistisches, 30 maoistische mit einer Gesamtauflage von 30 000, 1 anarchistisches und 70 sonstige linksradikale mit einer Auflage von insgesamt 300 000 zu erwähnen. Die Erscheinungsweise der einzelnen Blätter ist verschieden; im Jahre 1970 wurden insgesamt rd. 11,2 Millionen Exemplare gedruckt, so daß sich ein Monatsdurchschnitt von knapp 1 000 000 Exemplaren ergibt.

A.

Von den bedeutenderen Organisationen unter den orthodox-kommunistischen Gruppen sind hervorzuheben:

a) „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“

Die DKP bezeichnet sich als marxistische Kampfpartei. Sie ist nach den Prinzipien kommunistischer Parteien aufgebaut und wird straff geführt. Ihr gehören rd. 30 000 Mitglieder an. Die führenden Persönlichkeiten im Präsidium der DKP sind:

Kurt Bachmann, Weiden bei Köln, Parteivorsitzender, ehem. Mitglied des KPD-Parteivorstandes, Herausgeber der Wochenzeitung „unsere zeit“

Herbert Mies, Mannheim, stellv. Parteivorsitzender, ehem. Kandidat des KPD-Politbüros

Gerhard Deumlich, Essen, ehem. Sekretär des Zentralbüros der FDJ, Chefredakteur der Wochenzeitung „unsere zeit“

Kurt Erlebach, Hamburg und Bonn, ehem. Sekretär des KPD-Parteivorstandes und ehem. Abgeordneter der KPD in der Hamburger Bürgerschaft

Hermann Gautier, Bremen, ehem. Mitglied des KPD-Parteivorstandes und ehem. Abgeordneter der KPD in der Bremer Bürgerschaft

Willi Gerns, Bremen, ehem. Sekretär des Zentralbüros der FDJ

Manfred Kapluck, Essen, ehem. Sekretär des Zentralbüros der FDJ

Ludwig Müller, Angermund, ehem. Mitglied des KPD-Parteivorstandes

Karl-Heinz Noetzel, Essen, ehem. Sekretär der FDJ in Nordrhein-Westfalen

Regionale Schwerpunkte der Tätigkeit der DKP sind die westdeutschen Industriegebiete, besonders Nordrhein-Westfalen.

Die Gesamteinnahmen der DKP betragen nach dem Rechenschaftsbericht (entsprechend den Bestimmungen des Parteiengesetzes) im Jahre 1969 bei 22 000 Mitgliedern 2 485 022,36 DM (davon Mitgliedsbeiträge: 417 820,46 DM und Spenden: 1 894 880,48 DM). Ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen dürften 1970 bei einem Mitgliederstand von 30 000 etwa 750 000 DM betragen haben. Ferner hat sie anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (1970) Mittel aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Diesen Einnahmen der DKP stehen hohe Aufwendungen gegenüber: der kostspielige Parteiapparat mit über 100 hauptamtlichen Mitarbeitern, Mieten, Einrichtung und Unterhaltung von Parteibüros, Anschaffung und Wartung technischen Geräts und sonstigen Materials, hohe Wahlkampf-Agitations- und Aktionskosten, hohe laufende Aufwendungen für die Parteipresse, Schulung der Mitglieder und Funktionäre sowie deren Reisekosten bei Fahrten in der Bundesrepublik Deutschland, in die DDR, in das westliche und östliche Ausland u.a.m. Die Kosten hierfür dürften ein Vielfaches der Einnahmen betragen, die die DKP in ihrem Rechenschaftsbericht ausweist. Ähnlich — bei noch ungünstigerem Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben — verhält es sich bei anderen orthodox-kommunistischen Vereinigungen.

Die Funktionäre der unteren Gliederungen der DKP (Parteigruppen, Grundeinheiten) werden in der Bundesrepublik Deutschland in Wochenend- und Wochenlehrgängen ausgebildet. Ferner werden Funktionäre der DKP in Viertel- und Jahreslehrgängen in Ostberlin sowie in Halbjahres- und Jahreslehrgängen in Moskau geschult. Die Tendenzen dieser Ausbildung bedürfen angesichts der genannten Ausbildungsorte keiner weiteren Erläuterung.

Die DKP betrachtet sich als Teil der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie anerkennt vorbehaltlos die führende Rolle der KPdSU und unterhält zu zahlreichen kommunistischen Parteien in Ost und West — z. T. enge — Verbindungen. Ihre „internationale Arbeit“ hat sie im letzten Jahr erheblich verstärkt. Sie entsandte Delegationen zu mehreren internationalen Konferenzen kommunistischer Parteien sowie zu Parteitag von „Bruderparteien“ und Studiendelegationen in die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten.

Das Sprachrohr der DKP ist die in Düsseldorf vom Parteivorsitzenden Kurt Bachmann herausgegebene Wochenzeitung „unsere zeit — Sozialistische Volkszeitung“ mit einer Auflage von 60 000 Exemplaren. Neben einigen anderen Blättern mit weitaus geringerer Auflage („DKP-Information“, „DKP-Presse-dienst“) gibt die DKP rd. 200 Betriebszeitungen mit Auflagen zwischen 250 und 9000 Exemplaren sowie rd. 90 Bezirks-, Kreis-, Stadt-, Stadtteil- und Ortszeitungen mit Auflagen zwischen 100 und 4000 Exemplaren heraus. Ferner sind noch die der DKP nahestehenden „Marxistischen Blätter“ (Auflage ca. 5000) zu erwähnen.

b) „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)“

Die SDAJ, die als Jugendorganisation der DKP anzusehen ist, umfaßt rd. 10 000 Mitglieder. In ihren Zielen stimmt sie mit der DKP überein.

Als führende Mitglieder sind zu nennen:

Rolf-Jürgen Priemer, Bundesvorsitzender, seit Jahren in der kommunistischen Jugendarbeit tätig, Kandidat auf der Landesreserveliste der DKP für die Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen

Ulrich Sander, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, Chefredakteur des monatlich erscheinenden Jugendmagazins „elan“; Kandidat der DKP bei der Kommunalwahl 1969 in Nordrhein-Westfalen im Wahlkreis 1 Dortmund.

Wie die DKP hat die SDAJ den regionalen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen. Ihre Kader werden nach ähnlichen Grundsätzen wie bei der DKP in Wochenendkursen in der Bundesrepublik Deutschland geschult. Daneben dienen ihrer Schulung die einmal jährlich in der DDR stattfindenden „Arbeiterjugendkongresse“ sowie Aufenthalte von SDAJ-Mitgliedern zu „Studienzwecken“, „Wochenendbegegnungen“ u. ä. in der DDR.

Die SDAJ unterhält Verbindungen zu kommunistischen Jugendorganisationen in Ost und West. Seit März 1970 gehört sie dem Exekutivkomitee des kommunistischen „Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ)“ an.

Mehrere Funktionäre der SDAJ gehören zum Kreis der Herausgeber und Funktionäre der in Dortmund erscheinenden Monatszeitschrift „elan — Magazin für junge Leute“ (Auflage: 20 500).

c) „Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW)“

Die SEW bezeichnet sich als marxistisch-leninistische Kampfpartei. Sie besitzt rd. 6000 Mitglieder. Wie die DKP entspricht sie in Zielsetzung, Aufbau und Führung den Prinzipien kommunistischer Parteien.

Die Führungspositionen in der SEW, die ausschließlich in Westberlin arbeitet, werden eingenommen von

Gerhard Danelius, Vorsitzender der SEW

Bruno Kuster, Mitglied des „Büros des Parteivorstandes“ und Sekretär des Parteivorstandes

Erich Ziegler, Mitglied des „Büros des Parteivorstandes“ und Sekretär des Parteivorstandes

Hans Mahle, Mitglied des „Büros des Parteivorstandes“.

Auch die SEW rechnet sich zur internationalen kommunistischen Bewegung. Sie bekennt sich zur Führungsrolle der KPdSU und arbeitet mit zahlreichen kommunistischen Parteien zusammen. In Moskau werden auch Funktionäre der SEW geschult.

Das Publikationsorgan der SEW ist „Die Wahrheit“ (Chefredakteur: Hans Mahle). Sie erscheint an 5 Tagen in der Woche mit je 14 000 Exemplaren.

d) „Freie Deutsche Jugend in Westberlin (FDJ)“

Mit rd. 500 Mitgliedern stellt die FDJ die orthodox-kommunistische Jugendorganisation in Westberlin dar. Sie arbeitet eng mit der SEW zusammen. Ihr Vorsitzender ist Peter Klaar, Mitglied des „Büros des Parteivorstandes“. Auch die „FDJ“ in Westberlin besitzt zahlreiche Verbindungen zu kommunistischen Jugendorganisationen im Osten und Westen.

e) „SPARTAKUS-Assoziation Marxistischer Studenten (AMS)“

Die AMS-Gruppen sind kommunistische Studentengruppen mit insgesamt rd. 700 Mitgliedern, die der DKP nahestehen. Der Zusammenschluß der bisherigen 30 einzelnen Gruppen zu einem Studentenverband wird vorbereitet. Zur Zeit koordinieren sie ihre Tätigkeit auf „Gruppenvertreterkonferenzen“. Ein regionaler Schwerpunkt ist bei der „SPARTAKUS-AMS“ in Nordrhein-Westfalen erkennbar.

Politische einflußreiche und über ihren Hochschulort hinaus bekanntgewordene AMS-Funktionäre sind:

Michael Maercks, Bonn-Bad Godesberg, AMS-Funktionär an der Universität Bonn, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Kandidat der DKP für die Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen.

Christoph Strawe, Bonn, AMS-Funktionär an der Universität Bonn, Mitherausgeber und Redakteur des AMS-Organs „Rote Korrespondenz“.

Fred Schmid, München, AMS-Funktionär an der Universität München, Mitglied des DKP-Parteivorstandes.

Dirk Krüger, Wuppertal, AMS-Funktionär an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Wuppertal, Vorsitzender des Gesamt-ASTA der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Mitglied des VDS-Vorstandes, DKP-Kandidat zur Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen.

Die „Facit Zeitschrift marxistischer Studenten“ wirbt gleichfalls für die Ziele der SPARTAKUS-AMS.

f) „Deutsche Friedensunion (DFU)“

Die DFU hat von Anfang an die Ziele kommunistischer Parteien unterstützt. Ihr gehören rd. 5000 Mitglieder an. Sie wird von einem Direktorium und dem Geschäftsführenden Bundesvorstand geleitet. Sie gliedert sich in Landes-, Bezirks- und Ortsverbände.

Mitglieder des DFU-Direktoriums sind:

Arno Behrisch, Klein-Königsdorf bei Köln,

Lorenz Knorr, Frankfurt (Main),

Heinrich Werner, Niederolm,

Josef Weber, Vorst bei Neuß, ehem. Bundesvorsitzender des „Bundes der Deutschen“,

Hilde Westphal, Remscheid, früher führend in der kommunistischen Frauenarbeit tätig.

Die Ziele der DFU werden von der wöchentlich mit einer Auflage von 17 000 Exemplaren erscheinenden „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf, propagiert.

B.

Von den anderen linksradikalen Gruppen, deren Mitgliederzahlen zumeist weit unter 500 liegen, sind besonders zu nennen:

a) Trotzistische Gruppen

„Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD)“
und
„Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)“

Sie sind aus der „Deutschen Sektion“ der „IV. (trotzkistischen) Internationale“ hervorgegangen und nehmen jeweils für sich diese Bezeichnung in Anspruch. IKD und GIM sind organisatorisch nicht festgefügt; ihre wenigen Mitglieder verteilen sich auf mehrere Städte der Bundesrepublik Deutschland.

Führende Persönlichkeiten sind Bernhard Achterberg, Kiel, ehemaliges Mitglied des SDS, bei der IKD und Herwarth Achterberg, Mannheim, bei der GIM. Die trotzkistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland stehen mit gleichgerichteten Gruppen im westlichen Ausland sowie mit dem „Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale“ in Brüssel in Verbindung.

Das trotzkistische Blatt „was tun“ erscheint in Mannheim.

b) Maoistische Gruppen

„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“ (Gruppe „Roter Morgen“)

„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“ (Gruppe „Rote Fahne“)

„Kommunistischer Arbeiterbund (ML)“ (KAB/ML)

Sie befinden sich noch im Aufbau, haben bisher keine feste Organisationsform erreicht und sind untereinander z. T. zerstritten. Vorsitzender der KPD/ML (Gruppe „Roter Morgen“), ist Ernst Aust, Hamburg, ehemaliger Herausgeber und Chefredakteur der kommunistischen Wochenzeitung „Blinkfuer“. Im KAB/ML nimmt Thomas Quest, Tübingen, ehemaliges Mitglied des SDS, die Führungsposition ein.

Die Gruppe „Roter Morgen“ stützt sich auf die Jugendorganisation „Rote Garden“, die Gruppe „Rote Fahne“ auf den „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD)“.

Die regionalen Schwerpunkte liegen bei der KPD/ML („Roter Morgen“) in Hamburg und Berlin, bei der KPD/ML („Rote Fahne“) im Ruhrgebiet und Frankfurt, beim KAB/ML in Baden-Württemberg.

Blätter dieser maoistischen Gruppen sind „Roter Morgen“ und „Rote Fahne“.

c) Anarchistische Gruppen

„Schwarze Zellen“

„Tupamaros“ u. a.

Diese kleinen terroristischen Anarchistengruppen in Berlin und München arbeiten im geheimen und lassen bisher keine eindeutigen Organisationsformen erkennen. Einige von ihnen sind aus „kommuneartigen“ Wohngemeinschaften hervorgegangen.

In Berlin wird das Anarchistenblatt „883“ verbreitet.

d) Sonstige linksradikale Vereinigungen

„Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO)“

„Marxistisch-Leninistische Hochschulorganisation (MLHO)“

„Proletarische Linke/Parteiinitiative (PL/PI)“

„Rote Zellen (RZ)“

„Solidaritätskomitee für die Black Panther Partei“

Diese Organisationen lehnen die orthodoxen kommunistischen Gruppen (z. B. DKP, SEW) als „Revisionisten“ oder „Verräter an der Revolution“ entschieden ab und bekämpfen sie.

Die KPD/AO und MLHO bekennen sich zum „demokratischen Zentralismus“, dem Organisationsprinzip kommunistischer Parteien. Sie streben die Bildung einer „revolutionären Partei des Proletariats“ an.

Die „Roten Zellen“ sind nach Fachschaften oder Fakultäten gegliederte Gruppen an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, zwischen denen es organisatorische und taktische Unterschiede gibt. Bisher

sind die einzelnen „Roten Zellen“, die zusammen etwa 1000 Mitglieder besitzen, nicht überregional zusammengeschlossen.

Das Frankfurter „Solidaritätskomitee für die Black-Panther-Partei“ ist eine kleine, aus dem inzwischen aufgelösten SDS-Bundesvorstand hervorgegangene Gruppe, die in der Bundesrepublik Deutschland für die Ziele der „Black Panther Party“ und gegen den „amerikanischen Imperialismus“ agitiert. Es haben sich einige örtliche „Solidaritätskomitees für die BPP“ gebildet, die Verbindungen zum Frankfurter Komitee unterhalten.

KPD/AO und PL/PI werden geführt von ehemaligen leitenden SDS-Funktionären wie Wolfgang Lefèvre, Udo Knapp, Christian Semler, die „Roten Zellen“ überwiegend von „Aktivisten-Kollektiven“, das „Solidaritätskomitee für die BPP“ von Karl-Dietrich Wolff, ehem. SDS-Bundesvorsitzender und Johannes Weinrich, ehem. militantes Mitglied des SDS.

KPD/AO und PL/PI arbeiten bisher nur in Berlin (West), die MLHO in Kiel. Regionale Schwerpunkte bei der Tätigkeit der „Roten Zellen“ finden sich in Berlin, München und Kiel, beim „Solidaritätskomitee für die BPP“ in Hessen.

MLHO und „Rote Zellen“ finanzieren sich durch Abgaben ihrer Mitglieder, Verkaufserlöse von Schriften und Spenden. Das „Solidaritätskomitee für die BPP“ wird überwiegend durch Spenden finanziert.

Die hier genannten Gruppen wie auch maoistischen und trotzkistischen Gruppen schulen ihre Kader am Ort ihrer Tätigkeit intensiv nach den Lehren, an denen sie sich ideologisch ausrichten (Maoismus, Trotzkismus, Marxismus-Leninismus-Stalinismus). Hierbei legen sie diese Lehren allerdings unterschiedlich aus.

Als Publikationsorgane sind zu erwähnen:

„Rote Pressekorrespondenz“ (KPD/AO, „Rote Zellen“)

„Kommunistische Arbeiterpresse“ (KPF/AO)

„Klassenkampf“ (PL/PI)

„Rotes Blatt München“ („Rote Zellen München“)

„Rote Skizze“ (MLHO Kiel)

C.

Maoisten, Trotzkisten und die sonstigen linksradikalen Gruppen haben bei Demonstrationen und anderen Aktionen zusammengearbeitet. Die moskau-treuen kommunistischen Gruppen ihrerseits distanzieren sich von den maoistischen, trotzkistischen und den anderen Gruppen der radikalen Linken und bemühen sich, Einflüsse dieser „linksopportunistischen“, die „Interessen der Arbeiterklasse gefährdenden“ Organisationen abzuwehren.

II. Zur Tätigkeit rechtsgerichteter, der parlamentarischen Demokratie feindlicher Gruppierungen

1. Welche rechtsradikalen Gruppen hat die Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin (West) festgestellt?
2. Wie sind sie untereinander verbunden? Welche gemeinsamen Aktionen konnten bisher festgestellt werden?
3. Was kann über ihren organisatorischen Aufbau, über die Führungspraktiken und die konkrete Tätigkeit gesagt werden?
4. Welche Beziehungen bestehen von den genannten Gruppen zu ähnlich gearteten Vereinigungen im Ausland?
5. Wer sind die verantwortlichen und führenden Persönlichkeiten?
6. Wie und durch wen werden diese Gruppen finanziell ausgestattet?

A.

Der Bundesregierung sind im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 66 rechtsradikale Vereinigungen mit insgesamt rd. 31 500 Mitgliedern bekannt. Nach Abzug der Doppelmitgliedschaften (etwa 2000) liegt die Gesamtzahl der Personen, die rechtsradikalen Organisationen angehören, erstmals seit 4 Jahren wieder unter 30 000.

Die größte Organisation ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)“ mit rd. 21 000 Mitgliedern. Die 9 rechtsextremen Jugend- und Studentenorganisationen besitzen etwa 800 Mitglieder, die nicht zugleich der NPD angehören. Auf die sonstigen rechtsradikalen Organisationen entfallen insgesamt rd. 7500 Mitglieder ohne gleichzeitige NPD-Mitgliedschaft.

Neben den rechtsradikalen Organisationen bestehen 42 Verlage und Buchdienste, die überwiegend rechtsradikales Schrifttum herausbringen, anbieten und verbreiten. Es handelt sich in der Hauptsache um Kleinstunternehmen und Einmannverlage.

a) „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)“

Nach wie vor bildet die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)“ den Kern des organisierten Rechtsradikalismus. Sie hat jedoch, nicht zuletzt wegen der ständigen Mißerfolge bei den Landtagswahlen, 1970 etwa 7000 Mitglieder verloren.

Die NPD ist die einzige rechtsradikale Organisation, die über eine funktionsfähige Organisation verfügt. Sie gliedert sich in 11 Landesverbände, 62 Bezirksverbände, 470 Kreis- und 765 Ortsverbände. Einige Kreis- und Ortsverbände können wegen des Mangels an Funktionären und Mitgliedern keine Aktivi-

tät mehr entfalten. Die Jugend der Partei ist in den „Jungen Nationaldemokraten“ und im „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ organisiert.

Die NPD wird autoritär geführt. Die Gerichte haben in der Vergangenheit mehrmals Verstöße der Parteiführung gegen die Parteisatzung festgestellt. Zahlreiche ehemalige Mitglieder und Funktionäre werfen der Führungsspitze offene Mißachtung des Gebotes innerparteilicher Demokratie vor.

Parteivorsitzender ist Adolf v. Thadden, Hannover. Seine drei Stellvertreter sind Dr. Pöhlmann, München (gleichzeitiger Vorsitzender des einflußreichsten Landesverbandes Bayern), Rechtsanwalt Dr. Buck, Frankfurt/Main, sowie Rechtsanwalt Mussnug, Tuttingen. Die für die Parteipresse verantwortlichen Vorstandsmitglieder sind Waldemar Schütz, Göttingen, und H. J. Richard, Kleinburgwedel.

Die NPD finanziert ihre Tätigkeit durch Beiträge und Spenden der Mitglieder, Einnahmen aus öffentlichen Veranstaltungen und Geldsammlungen sonstiger Art. Darüber hinaus fließen ihr Mittel aus den Diäten der NPD-Abgeordneten in den Landtagen, aus Geldern, welche die NPD-Fraktionen erhalten, und aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu. Außerdem erhebt sie vor Landtags- und Bundestagswahlen Sonderumlagen bei ihren Mitgliedern und läßt sich von diesen Darlehen gewähren. Für die von kommunistischer Seite immer wieder aufgestellte Behauptung, rechtsradikale Organisationen, insbesondere die NPD, würden von „wirtschaftlichen Großunternehmen der Bundesrepublik“ unterstützt, haben gründliche Ermittlungen keine Beweise erbracht.

Zu rechtsextremen Organisationen im Ausland unterhält die NPD nur wenige Verbindungen. Kontakte von Bezirksfunktionären der NPD im oberbayerischen Raum zur „Nationaldemokratischen Partei“ (NPD) in Österreich sind bisher ohne Genehmigung der Parteizentrale gehalten worden.

Als Parteiorgane der NPD erscheinen wöchentlich die „Deutschen Nachrichten“ (Auflage 38 000). Für die NPD setzen sich weiter ein die von dem „Nationalverlag“ des NPD-Parteivorstandsmitgliedes Schütz herausgebrachten „Deutsche Wochenzeitung“ (Auflage 22 000) und der vierteljährlich erscheinende „Deutsche Studenten-Anzeiger (DSA)“, (etwa gleiche Auflage), Herausgeber: u. a. Peter Dehoust, NPD-Funktionär in Coburg. Schon vor längerer Zeit hat die NPD daneben ihren Rednern und Funktionären die Monatsschrift „Nation Europa“ als Arbeitsunterlage empfohlen. Der NPD-Vorstand hat die regionalen Gliederungen der Partei aufgerufen, die Zeitschrift „auch über den Kreis unserer Mitgliedschaft zu vertreiben“. Herausgeber und Schriftleiter ist Arthur Ehrhardt, Coburg. Als Mitarbeiter dieser Zeitschrift, deren Auflage unter 10 000 Exemplaren liegt, ist der bereits erwähnte Peter Dehoust zu nennen.

b) Gliederungen der NPD

„Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)“

Der NHB vertritt die Ziele der NPD innerhalb der Studentenschaft. Bundesvorsitzender ist der Student Lutz Küche, Bonn. Die Vorsitzenden der einzelnen NHB-Gruppen müssen NPD-Mitglieder sein. Der Bund ist deshalb trotz einer gewissen organisatorischen Unabhängigkeit als Gliederung der Partei anzusehen.

Der NHB hat in 19 Gruppen an deutschen Universitäten und Hochschulen insgesamt etwa 260 Mitglieder.

„Junge Nationaldemokraten (JN)“

Die „Jungen Nationaldemokraten“ sind keine offizielle Gliederung der NPD. Die rd. 1100 Mitglieder, von denen eine große Anzahl der NPD angehört, sind in über 100 JN-Gruppen zusammengefaßt, die den Kreisjugendreferenten der NPD unterstehen. Fast die Hälfte aller JN-Mitglieder entfallen auf die Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg.

„Bundesjugendreferent“ der JN ist Andreas Rau, München, kraft JN-Statut Mitglied des NPD-Bundesvorstandes.

c) Gruppen, die der NPD nahestehen

Die Führungspersonen rechtsradikaler Vereinigungen gehören oft gleichzeitig mehreren Organisationen an. Sie sind in den meisten Fällen Mitglieder der NPD. Dadurch gibt es in den rechtsradikalen Gruppen zahlreiche Querverbindungen, die sich in gegenseitiger Unterstützung äußern. Die zentrale Stellung der NPD hat bewirkt, daß einige andere Gruppierungen in sehr enger Verbindung mit ihr entstanden oder in ihren Sog geraten sind. Hier sind besonders zu nennen:

„Aktion Widerstand (AW)“

Die „Aktion Widerstand“ wurde auf Veranlassung führender NPD-Funktionäre am 5. Oktober 1970 in München gegründet. Als Ziel dieser Aktion, deren Eintragung in das Vereinsregister beantragt ist, wurde bezeichnet: die Aktivierung und Koordinierung aller politischen Kräfte des deutschen Volkes, die das Handeln der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag mißbilligen. Die Mitgliedschaft erwerben können alle „politischen Parteien, die Organisationen der Jugendverbände, Verlage und sonstige Gruppen im vorpolitischen, vorparlamentarischen und kulturpolitischen Raum.“ Mit Ausnahme der zehn Gründungsmitglieder, die überwiegend der NPD angehören, sind Einzelmitgliedschaften ausgeschlossen. Als einzige Organisation ist der „AW“ bisher die „Volkspolitische Aktion“, ein unbedeutender Aktionskreis, beigetreten. Von den vier Vorstandsmitgliedern der „AW“ gehören drei der NPD an: der Vorsitzende Dr. Peter Kleist, Westerham, und die Beisitzer Henning Jaede,

Konradsreuth, und Heinz Maurus, München. Geschäftsführender Vorsitzender des Vereins ist der Leiter der „Arbeitsgemeinschaft Volkstreuer Verbände“, Alfred Manke, Bensberg. Für die Finanzen des Vereins ist das NPD-Vorstandsmitglied Waldemar Schütz, Göttingen, zuständig, während die organisatorischen Fragen von dem Organisationsleiter der NPD, Berkahn, München, bearbeitet werden.

„Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)“

Das DKEG versucht, eine „Elite“ heranzubilden, die als Voraussetzung einer „einheitlichen“ und „volksbewußten“ Kulturarbeit dienen soll. Auf Veranstaltungen des DKEG haben wiederholt Funktionäre der NPD gesprochen. Das DKEG besitzt einen organisatorischen Unterbau in Gestalt von regionalen und örtlichen Gruppen („Pflögstätten“). Präsident des DKEG, das etwa 3500 Mitglieder umfaßt, ist Dr. Herbert Böhme, Lochham bei München.

Presseorgan sind die „Klüterblätter“.

„Arbeitskreis Volkstreuer Verbände (AVV)“

Der AVV ist die Dachorganisation von mindestens 14 rechtsradikalen Organisationen und Jugendgruppen. Vor der Bundestagswahl 1969 riefen Flugblätter dieses Arbeitskreises zur Stimmabgabe für die NPD auf. Mehrere Spitzenfunktionäre sind NPD-Mitglieder; Leiter der AVV ist Alfred Manke, Bensberg, zugleich geschäftsführender Vorsitzender der „Aktion Widerstand“.

d) Jugendorganisationen

Neben den „Jungen Nationaldemokraten“ sind besonders zu erwähnen:

„Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)“

Der BHJ besitzt rd. 150 Mitglieder. Er vertritt eine nationalistische Richtung. Im Jahre 1968 warb der BHJ für den Dienst in einem „Hilfskorps Arabien“. Vorsitzender ist Fritz Burger aus Garmisch-Partenkirchen.

„Wiking-Jugend (WJ)“

Die Wiking-Jugend versteht sich als „deutschbewußt, soldatisch und ausdauernd“. Sie hat ca. 50 Mitglieder. Vorsitzender ist Wolfgang Nahrath (Stolberg b. Aachen). Publikationsorgan ist das Blatt „Wikinger“.

e) Sonstige rechtsradikale Gruppen und Presseorgane

Hier sind hervorzuheben:

„Deutsch-Soziale Aktion (DSA)“

Die DSA ist die aktivste und militanteste rechtsradikale Gruppe. Sie ist für zahlreiche Ausschreitungen verantwortlich, besitzt aber nur eine geringe Mitgliederzahl. Besonders hervorgetreten sind Dr. Dirk

Schwartländer, Dortmund, ehem. stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen, und der frühere NPD-Funktionär Uwe Klaas, Bockum.

„Aktion Oder-Neiße (AKON)“

Die AKON ist eine nationalistische, radikale Gruppe mit rd. 300 Mitgliedern. Bundesvorsitzender ist das NPD-Mitglied Erwin Arlt, der auch an der Gründung der „Deutschen Volksunion (DVU)“ (s. u.) beteiligt war.

„Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer („GOG“)“

Die GOG verfolgt die „Zusammenfassung aller Eigentümer von Grundstücken jeglicher Art und Größe im deutschen Land, jenseits von Oder und Neiße und im Sudetenland“. Sie hat die „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ proklamiert, ein Gremium, das „die unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Länder bei der Bundesregierung und bei internationalen Organisationen vertreten soll.“

Vorsitzender ist Dr. jur. Günter Georg Hoffmann-Günther, Buchschlag bei Frankfurt/Main.

„Gesellschaft für freie Publizistik e. V. (GfP)“

Die GfP strebt als Nahziel die „Klärung der Kriegsschuldfrage“ an. Sie will sich ferner für solche „nationalen“ Autoren, Werke und Verlage einsetzen, die „aus rein politischen Erwägungen in der Öffentlichkeit totgeschwiegen werden.“

Vorsitzender der GfP, die etwa 400 Mitglieder umfaßt, ist Werner Hänslar (Neustadt-Weinstraße).

Das Presseorgan der GfP ist „Das Freie Forum“.

„Deutsche Volksunion (DVU)“

Die DVU wurde am 16. Januar 1971 in München auf Initiative von Dr. Gerhard Frey, München, Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung (DNZ)“ gegründet. Sie bezeichnet sich in ihrem Gründungsauftrag als eine „überparteiliche Vereinigung zur Sammlung der verfassungstreuen Kräfte der Mitte und der Rechten“. Vorsitzender ist Dr. Frey, 1. Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Fritz von Randow, Hamburg, 2. Stellvertreter ist Erwin Arlt, München. Nach Angaben von Dr. Frey verfügt die DVU über 2000 Mitglieder. Verbandsorgan der DVU ist der halbmonatlich erscheinende „Deutsche Anzeiger“.

„Deutsche National-Zeitung (DNZ)“

Die DNZ ist die größte rechtsradikale Wochenzeitung. Eine Tageszeitung existiert im rechtsradikalen Bereich nicht. Die DNZ erscheint mit einer Gesamtauflage von rd. 117 000 Exemplaren. Herausgeber ist Dr. Gerhard Frey, München.

„Mut“

„Mut“ ist eine monatlich in einer Auflage von ca. 7000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift, die durch ihren radikalen Inhalt in rechtsextremistischen Krei-

sen größere Beachtung findet. Ihr Herausgeber, Bernhard Wintzek, war Initiator der Aktion „W“ (s. u.).

Alle anderen rechtsradikalen Gruppen und Presseorgane besitzen der Mitgliederzahl oder ihrem Wirkungsgrad nach nur geringe Bedeutung.

B. Gemeinsamkeit rechtsradikaler Organisationen

Es ist ein allgemeines Kennzeichen rechtsradikaler Organisationen, daß sich die Willensbildung vielfach von oben nach unten vollzieht.

Stärkere politische Einwirkungen auf die Öffentlichkeit waren im rechtsradikalen Bereich in den letzten Jahren im wesentlichen nur von der NPD versucht worden. Die Tätigkeit der übrigen Gruppen hat sich mit der Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Jugendlagern und gelegentlichen Flugblattaktionen sowie mit der Herausgabe von Zeitschriften, Mitteilungsblättern und Gedenkschriften mehr auf ihren internen Bereich beschränkt. Seit dem Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau ist jedoch bei den meisten rechtsradikalen Organisationen und Presseorganen eine verstärkte hetzerische Agitation gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu beobachten. Bei verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen ist es dabei auch zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen (vgl. dazu unten Teil C).

Die rechtsradikalen Organisationen finanzieren ihre Tätigkeit durch Beiträge und Spenden der Mitglieder, Einnahmen aus öffentlichen Veranstaltungen und Geldsammlungen sonstiger Art. Einige Vereinigungen erzielen Überschüsse aus dem Vertrieb ihrer Publikationen und von Werbematerial.

Die zusätzlichen Finanzierungsquellen der NPD sind bereits erwähnt worden.

Internationale Verbindungen sind bei rechtsradikalen Gruppen nur in sehr spärlichem Maße zu Rechtsextremisten in Belgien, Frankreich, Österreich, Südtirol und Dänemark beobachtet worden. Sie beschränken sich in der Regel auf gegenseitige Besuche bei Veranstaltungen und Jugendlagern. Die internationalen Kontakte der NPD sind schon in Teil A behandelt worden.

Im übrigen bestehen Verbindungen zum „Internationalen Faschismus“ nur zwischen Einzelpersonen. Auf diesem Wege gelangten auch rechtsextremes „Informationsmaterial“ und Publikationen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland.

C. Gemeinsame Aktionen rechtsradikaler Gruppen und Einzelpersonen

Der rechtsradikale Bereich ist weithin gekennzeichnet durch Gruppenegoismus, Sektierertum und Rivalitäten innerhalb der Führungsschichten. Daher sind

in der Vergangenheit gemeinsame Aktionen nur vereinzelt zustande gekommen. Das Bestreben, Gegnerschaft gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu aktivieren und zu konzentrieren, hat jedoch neue Versuche ausgelöst, die rechtsradikalen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen. Unter dem Kennwort des „nationalen Widerstandes“ ist es seit 1970 zu folgenden gemeinsamen Aktionen gekommen:

- a) Anlässlich des Treffens von Bundeskanzler Brandt und dem Ministerpräsidenten der DDR, Stoph, im Mai 1970 in Kassel schlossen sich unter der Initiative des Herausgebers der Monatsschrift „MUT“, Wintzek, rechtsradikale Jugendgruppen (u. a. der „Bund Heimattreuer Jugend“, die „Wiking-Jugend“, die „Jungen Nationaldemokraten“) zu einer „Gesamtdeutschen Aktion“ zusammen. Die Demonstrationen in Kassel waren ein gemeinsames Unternehmen dieser Gruppen. Die „Gesamtdeutsche Aktion“ nannte sich seit Anfang Oktober 1970 Aktion „W“. Sie wurde am 19. Januar 1971 von ihren Gründern aufgelöst.
- b) Die nächste gemeinsame Aktion rechtsradikaler Gruppen war der sogenannte „Widerstandskongreß“ am 31. Oktober 1970 in Würzburg, die Gründungsveranstaltung des kurz zuvor gegründeten Vereins „Aktion Widerstand“. Organisation und Finanzierung dieses Kongresses, bei dem rd. 20 rechtsradikale Gruppen vertreten waren, lagen bei der NPD. Nichtgenehmigte Demonstrationen, beleidigende und verleumderische Sprechchöre sowie hetzerische Transparente wurden bei dieser Gelegenheit beobachtet. Die Behauptungen der NPD bzw. der „Aktion Widerstand“, daß es sich bei diesen Aktionen um Exzesse von Einzelpersonen gehandelt habe, konnten bisher nicht widerlegt werden.
- c) Die „Aktion Widerstand“ veranstaltete ferner die Demonstration am 12. Dezember 1970 in Bonn-Pützchen.

Offenbar unter dem Eindruck der enttäuschend geringen Teilnehmerzahl und der mangelhaften Organisation dieser Veranstaltung verzichtete die „Aktion Widerstand“ darauf, aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Reichsgründungstages eine Großveranstaltung Mitte Januar 1971 im Bonner Raum durchzuführen.

- d) Bei folgenden Aktionen rechtsradikalen Charakters waren Angehörige der obengenannten „Deutsch-Sozialen Aktion“ beteiligt:

Versuchte Störung einer Veranstaltung mit Bundeskanzler Brandt am 27. November 1970 in Wuppertal;

gewalttätige Demonstration am 16. Januar 1971 vor dem Gebäude der Sowjetischen Botschaft in Rolandseck, sowie vor dem Parteigebäude der SPD in Bonn;

Störung einer Veranstaltung der „Marxistischen Arbeiterbildung“ in Bochum am 20. Januar 1971;

Störung einer Podiumsdiskussion mit Bundesaußenminister Scheel in Mönchen-Gladbach am 21. Januar 1971;

Versuch am 29. Januar 1971 in Düsseldorf gewaltsam in das Gebäude des dortigen Humboldt-Gymnasiums einzudringen, wo eine Podiumsdiskussion der DKP stattfand;

Versuchte Störung einer Veranstaltung mit Bundeswirtschaftsminister Schiller am 9. Februar 1971 in Dortmund-Hörde und anschließende Ausschreitungen vor dem Verlagsgebäude der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund.

- e) Zwei rechtsextremistische Zusammenschlüsse sind im Lande Nordrhein-Westfalen aufgedeckt worden, deren Mitglieder — jeweils zwischen 15 und 20 Personen — sich Schußwaffen, darunter auch automatische Waffen, beschafft hatten und sich mit Überlegungen beschäftigten, gegen Repräsentanten der von ihnen abgelehnten Ostpolitik und andere ihnen politisch mißliebige Personen u. U. auch Gewalt anzuwenden.

Es handelte sich um eine Gruppe im Rhein-Ruhr-Gebiet, die sich als „Europäische Befreiungsfront“ bezeichnete, und im Mai 1970 durch polizeilichen Zugriff ausgehoben werden konnte, ehe es zu Gewalthandlungen der Gruppe oder zu konkreten Planungen gekommen war. Alle ihre Mitglieder gehörten der NPD als Funktionäre oder Mitglieder an; einige waren Angehörige des nach der Bundestagswahl 1969 stillschweigend aufgelösten „Ordnungsdienstes“ der NPD

gewesen. Die andere Gruppe, deren Mitgliedschaft ähnlich zusammengesetzt war, und bei deren Mitgliedern gleichfalls Waffen sichergestellt wurden, konnte Mitte Februar 1971 im Raum Bonn, im Siegkreis und in Düsseldorf aufgedeckt und ausgehoben werden.

Strafrechtliche Ermittlungsverfahren laufen. — Die Parteileitung der NPD hat sich von diesen Bestrebungen distanziert.

- f) Am 6. März 1971 rottete sich eine Gruppe von rd. 40 Rechtsextremisten, unter ihnen auch Mitglieder der „DSA“, in Köln vor dem Haus des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen zusammen. Sie führten Transparente diffamierenden Inhalts mit sich und beschmierten die Hauswand mit einer beleidigenden Aufschrift. Die Polizei nahm 15 Beteiligte vorläufig fest und stellte Pistolenmunition, ein leeres Pistolenhalter und Knallkörper sicher. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Bei Aktionen rechtsgerichteter Gruppen und Einzeltäter wird häufig das Zeichen „W“ gezeigt, das als Chiffre für „Widerstand“, „Wahrheit“ oder „Wachsamkeit“ dienen soll. Ursprünglich wurde dieses Zeichen von der inzwischen aufgelösten Aktion „W“ des „MUT“-Herausgebers Wintzek verwandt. Das Zeichen wird aber von anderen rechtsradikalen Organisationen, von Nachahmungstätern und von anonymen Einzelpersonen oder Gruppen weiter benutzt. Es ist deshalb schwierig, die Täter und Hintermänner einzelner Aktionen genau zu erkennen, sofern es nicht zu Festnahmen kommt.

Genscher